

KRISE AUF DER IBERISCHEN HALBINSEL

ÖKONOMISCHE UND INSTITUTIONELLE REFORMEN UND DER RUF NACH EINEM POLITIKWANDEL IN SPANIEN UND PORTUGAL

Adriaan Kühn

Spanien und Portugal stehen im nunmehr sechsten Krisenjahr vor den gleichen Herausforderungen. Defizitreduktion, Abbau der Staatschulden und eine Schrumpfung des öffentlichen Dienstes befinden sich in beiden Ländern ganz oben auf der Regierungsgenda. Mit den harten Sparprogrammen geht ein beispielloser Vertrauensverlust der Bürger in die Institutionen der jungen südeuropäischen Demokratien einher.

Die wirtschaftliche Lage Spaniens bleibt unverändert ernst – über fünf Millionen Arbeitslose, eine dramatische Jugendarbeitslosigkeit (jeder zweite Jugendliche findet keinen Job), horrenden Staatschulden und andauernde Rezession. Die Situation im Nachbarland Portugal weist sowohl ökonomische als auch politische Parallelen in der Entwicklung auf. Der bedeutende Unterschied: Das Land gehört zu den Krisenstaaten, die auf externe Hilfe angewiesen sind. Im Mai 2011 verhinderte ein Rettungspaket über 78 Milliarden Euro den Staatsbankrott. Im Gegenzug verpflichtete sich Portugal in einem „Memorandum of Understanding“ mit den Geldgebern – der „Troika“ aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds – zu umfassenden wirtschaftlichen und institutionellen Reformen. Obwohl die iberischen Nationen im selben Boot sitzen, sind keine Anzeichen von Solidarität erkennbar. Im Gegenteil, der spanische Ministerpräsident ist fortdauernd bemüht, Differenzen zum portugiesischen Fall herauszustreichen.



Dr. Adriaan Ph. V. Kühn ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Madrid.

SPANIENS REGIERUNG MANGELT ES WEDER AN WILLEN NOCH AN MACHT, NOTWENDIGE REFORMEN ANZUSCHIEBEN

Einen der wenigen positiven Ausblicke bietet der Markt für spanische Staatsanleihen. Hier hat sich die Lage, jedenfalls für den Moment, entspannt. Das Reformprogramm der seit Dezember 2011 amtierenden Regierung von Ministerpräsident Mariano Rajoy zeigt Wirkung. Die Zinslast auf spanische Schuldtitel ist mittlerweile auf ein erträgliches Niveau gesunken. Hatte der Risikoaufschlag für spanische Staatsanleihen Ende Juli 2012 noch bei 649 Punkten gelegen, beträgt der Differenzwert gegenüber der Rendite deutscher Papiere mit zehnjähriger Laufzeit zum Jahresbeginn 2013 nur noch die Hälfte dieser historischen Marke.



Ministerpräsident Mariano Rajoy bei einer Parlamentsdebatte: Die konservative Regierung zeigte sich zu tief greifenden Reformen bereit. | Quelle: Diego Crespo, La Moncloa Gobierno de España (CC BY-NC-ND).

Die freundlichere Lage auf den Finanzmärkten verbucht der spanische Regierungschef als ersten Erfolg, sowohl innen- wie auch außenpolitisch. Zu Beginn seiner Amtszeit hatte Rajoy den europäischen Partnern eher irritierende Signale über Spaniens Absichten zu einer möglichen Beantragung von ESFS-Hilfen gesandt. Dass schließlich 30 Milliarden Euro an den spanischen Bankenrettungsfonds Fondo de Reestructuración Ordenada Bancaria (FROB) ausgezahlt wurden, der marode Kreditinstitute unterstützen und gegebenenfalls abwickeln soll, wird Mariano Rajoy in

der Heimat als Triumph auf dem internationalen Parkett ausgelegt – Spanien behauptete so seine politische Handlungsfähigkeit. Tatsächlich hätte das Land eine Abwicklung der insolventen Klein- und Kleinstsparkassen – Hinterlassenschaften des faulen Immobilienbooms – nicht stemmen können. Die mit europäischer Hilfe konzipierte Reform des Bankensektors zwang einige Institute zur Fusion, andere wurden verstaatlicht.

Die spanische Regierung zeigte sich unmittelbar nach Amtsantritt bereit, die Staatsfinanzen zu ordnen und tief greifende wirtschaftliche Reformen durchzuführen. Rajoy's Stellvertreterin und Regierungssprecherin Soraya Sáenz de Santamaría verkündete in einem ihrer ersten Auftritte harte Einschnitte in den Staatshaushalt. Neun Milliarden Euro müssten eingespart werden, vor allem bei Investitionen. Um das Haushaltsdefizit für das Jahr 2012 von fast neun auf die ursprünglich geplanten 5,3 Prozent der Wirtschaftsleistung zu drücken, gingen Beobachter allerdings von einem Kürzungsbedarf von rund 36 Milliarden Euro aus. Im April 2012 folgte die nächste Sparrunde, Einschnitte von zehn Milliarden Euro betrafen das Gesundheits- und Bildungswesen. In den Urlaubsmontat Juli fiel die Ankündigung des bisher größten Sparpaketes: Ein Ausgabenverzicht in Höhe von 65 Milliarden Euro bis 2015. Im vergangenen Jahr haben die schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen den anspruchsvollen Plänen der Regierung allerdings einen Strich durch die Rechnung gemacht. Trotz Einsparungen von mehr als 21 Milliarden Euro überstieg das spanische Defizit mit knapp sieben Prozent die mit Brüssel nachverhandelte Marke von 6,3 Prozent.¹ Somit wächst die Staatsverschuldung. Im dritten Quartal 2012 betrug sie nach Eurostat 77,4 Prozent des BIP. Vier Jahre zuvor hatte sie noch bei 37 Prozent der Wirtschaftsleistung gelegen. Zu den Erfolgen gehört indes, dass die spanischen Kommunen mittlerweile einen fast ausgeglichenen Haushalt aufweisen und auch die Regionen ihr Defizitziel weitgehend erfüllen. Die hohe Arbeitslosigkeit belastet dagegen die Sozialversicherungen. Ihr Fehlbetrag verdoppelte sich im Vergleich zum Vorjahr auf ein Prozent des BIP.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben den anspruchsvollen Plänen der Regierung einen Strich durch die Rechnung gemacht. Die Staatsverschuldung Spaniens wächst.

1 | Nach Angaben der spanischen Regierung, die das Bankenrettungsprogramm nicht berücksichtigen. Die Europäische Kommission erwartet für 2013 ein Defizit von 6,7 Prozent des BIP.

Die „härteste Anpassung in der Geschichte der Demokratie“, wie spanische Zeitungen das jüngste Austeritätsprogramm nennen, sieht Kürzungen bei Pflege- und Arbeitslosengeld sowie eine Erhöhung des Renteneintrittsalters vor. Allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst wurde das Weihnachtsgeld gestrichen – knapp fünf Milliarden Euro konnten so gespart werden. Die Beamten mussten bereits Gehaltsinbußen, längere Arbeitszeiten, den Verlust von Urlaubstagen und einen Einstellungsstopp hinnehmen. Um für das laufende Jahr eine Reduzierung der Neuverschuldung auf 4,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu erreichen, sinkt (unter anderem) der Etat für Gesundheit ebenso wie derjenige für Entwicklungshilfe um ein Viertel, das Kultusministerium muss mit einem Fünftel weniger Mitteln für Kulturförderung und zehn Prozent Kürzung bei den Ausgaben für die Bildung auskommen, und die Unterstützung für die Sozialausgaben der Gemeinden wird gar um 40 Prozent zusammengestrichen.



Hohe Arbeitslosigkeit und wachsende Politikverdrossenheit: Für junge Spanier ist die Lage ihres Landes besonders prekär. Der Frust darüber kommt bei Demonstrationen zum Ausdruck. | Quelle: Popicinio, flickr (CC BY-NC-ND).

Auf der Einnahmenseite soll der Staatshaushalt durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 21 Prozent (vor drei Jahren lag der Satz noch bei 16 Prozent), angehobene Einkommens- und Unternehmenssteuern sowie durch höhere Studiengebühren entlastet werden. Eine Amnestie

für Steuerhinterzieher verfolgt den Zweck, spanisches Schwarzgeld zurück in die Heimat zu locken. Heftige Proteste gibt es gegen die geplante Vergrößerung der Schulklassen – das Ziel ist es, Lehrer einzusparen – und die Einführung einer Gebührenordnung für das Justizsystem. Wenig Wirkung zeigt bislang die im Februar 2012 verabschiedete Arbeitsmarktreform. Trotz Liberalisierung der spanischen Arbeitsgesetzgebung steigt die Zahl der Arbeitslosen. Anscheinend machen die Unternehmen eher Gebrauch von der mit geringeren Abfindungen verbundenen Möglichkeit der Vertragsauflösung als von der Option, flexible Beschäftigungsverhältnisse anzubieten.

Bei der Privatisierung von Staatsbetrieben stockt es ebenfalls. Der schon von der sozialistischen Vorgängerregierung in Erwägung gezogene Verkauf der Lotteriegesellschaft liegt vorerst auf Eis, für sie wurde zu wenig geboten. Ob neben der (Teil-)Privatisierung des Flughafenbetreibers AENA die beiden größten Flughäfen des Landes, Madrid-Barajas und Barcelona-El Prat, gesondert für private Geldgeber geöffnet werden, ist noch offen. Privatkapital wird auch für die Staatsbahn RENFE gesucht, die nur einen Teil ihrer modernen Hochgeschwindigkeitsstrecken profitabel betreiben kann. Verschiedene Lokaladministrationen sind damit befasst, das teils undurchsichtige Netz öffentlicher Unternehmen zu verschlanken.

Einen ambitionierten Plan zum Bürokratieabbau verfolgt die Regierung auf kommunaler Ebene. Ziel ist, das Kompetenzgewirr zwischen Regionen, Provinzen und Kommunen zu entflechten. Leistungen sollen künftig aus einer Hand erbracht werden. Kleinstgemeinden müssen fusionieren. Das Bürgermeistergehalt wird in den Metropolen auf 100.000 Euro gedeckelt. Die Zahl der bisher frei von den Gemeinden bestimmten *asesores* (Berater) soll künftig von einem nach Bevölkerungsgröße gestaffeltem System geregelt werden und wird damit deutlich sinken. Erfüllt eine Gemeinde ihre Haushaltsauflagen nicht, kann die jeweils zuständige Provinzverwaltung ihre Kompetenzen zeitweise übernehmen. Das Einsparpotenzial dieser Maßnahmen beziffert die Regierung auf über sieben Milliarden Euro. Noch bevor es zur parlamentarischen Debatte kommt, hat die Sozialistische Partei harten Widerstand gegen das Projekt angekündigt.

Trotz positiver Nachrichten von den Finanzmärkten ist nicht davon auszugehen, dass die Regierung der Versuchung erliegt, die drastischen Sparmaßnahmen abzumildern oder gar zurückzunehmen. Neben der kritischen Lage der Staatsfinanzen ist die vielfach kolportierte Furcht Rajoy vor dem Verlust der spanischen Haushaltssouveränität, die mit einer „Rettung“ der viertgrößten Euro-Volkswirtschaft verbunden wäre, der Hauptgrund für die Standfestigkeit der Exekutive. Diese hält ungeachtet zunehmenden Widerstandes von Seiten der Gewerkschaften, der Beamten und verschiedener Berufsvereinigungen an ihrer Reformagenda fest. Einzig mehr Zeit für die Erfüllung des Drei-Prozent-Defizitkriteriums fordert Spanien. Auf dem internationalen Parkett werben spanische EU-Diplomaten mit Verweis auf die geleisteten Sparanstrengungen für eine Fristverlängerung – statt im Jahr 2014 soll der Haushaltssaldo erst zwölf oder 24 Monate später die Vorgaben des Euro-Stabilitätspakts erfüllen.

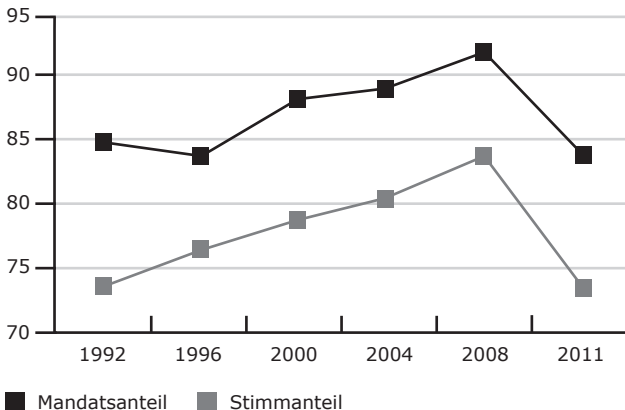
Spaniens Regierung mangelt es weder an Willen noch an Macht, notwendige Reformen anzuschieben. Im nationalen Parlament verfügt die Partido Popular (PP) mit 186 von 350 Mandaten über eine sichere absolute Mehrheit. Der Zusammenhalt innerhalb der Fraktion ist hoch. Abweichler traten bisher nicht in Erscheinung. Die Volkspartei regiert zudem im Großteil der spanischen *comunidades autónomas*: In zwölf der 17 autonomen Gemeinschaften des Landes stellt sie aktuell den Regierungschef. Nie zuvor war die Dominanz der Konservativen im politischen System größer. Von einem parteipolitisch bedingten Reformstau kann in Spanien keine Rede sein.

(„Blockadepolitik“) kann deshalb in Spanien keine Rede sein. Auch auf institutioneller Ebene existieren keine Veto-Spieler, die einen Kurswandel der Regierung erzwingen könnten. Das Verfassungsgericht (Tribunal Constitucional) spielt nicht zuletzt aufgrund seiner langwierigen Entscheidungsprozesse eine marginale Rolle im politischen Wettbewerb – schon gar nicht die eines „Ersatzgesetzgebers“, die seinem deutschen Pendant zuweilen attestiert wird. Spaniens oberste Justizbehörde, der Consejo General del Poder Judicial (CGPJ), ist seit Jahren praktisch handlungsunfähig, da sich die beiden großen Parteien bei der Besetzung des Gremiums nicht einigen können.

Angesichts der Dominanz der Regierung war der doppelte Generalstreik, zu dem die spanischen Gewerkschaften im März und November 2012 aufriefen, eher ein Zeichen der Verzweiflung denn eine Machtdemonstration. Zwei Ausstände innerhalb eines Jahres – das war ein Novum in der Geschichte der parlamentarischen Monarchie. Trotz beachtlicher Beteiligung in Sektoren mit hohem Organisationsgrad (Öffentlicher Dienst, Transport, Automobilindustrie und Bergbau) stoßen Forderungen nach einer nachfrageorientierten Wende in der Wirtschaftspolitik bei der Regierung auf taube Ohren.

Abb. 1

Anteil der Stimmen und Mandate, die auf PP und PSOE im nationalen Parlament entfallen, 1993-2011, in Prozent



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des spanischen Innenministeriums.

Spaniens Problem liegt nicht in der Problemlösungsfähigkeit des politischen Systems – diese ist unter den gegebenen politischen und institutionellen Rahmenbedingungen hoch –, sondern in seiner mangelnden Konsensfähigkeit. Ministerpräsident Rajoy hatte diese Herausforderung in seiner Antrittsrede antizipiert. Er sagte: „Die Mehrheit ist ein exzellentes Instrument, um Entscheidungen durchzusetzen, aber nicht zwangsläufig das beste, um diese zu konzipieren. [...] Die Spanier selbst, und nicht die Regierung, müssen Motoren des Wandels, Reformprotagonisten und Akteure der [wirtschaftlichen] Erholung sein.“²

2 | Mariano Rajoy, „Discurso de Investidura del Presidente del PP“, Madrid, 19.12.2011, http://pp.es/file_upload/noticias/pdf/5909-20111219132408.pdf [01.04.2013].

Doch gerade die Politik hat in der Vergangenheit versäumt, Konsens zu stiften. Seit der Jahrtausendwende dominieren Polarisierung und Konfrontation (*crispación*) den Parteienwettbewerb.³ Dauerwahlkampf, Delegitimierung des politischen Gegners und geringe bis nicht vorhandene Konzessionsbereitschaft kennzeichnen die politische Kultur Spaniens in dieser Phase. Für die dominierenden Formationen im Parteiensystem war diese Strategie, gemessen an Wahlergebnissen, äußerst erfolgreich.⁴ Gegenläufig zum europäischen Trend konnten die spanischen Volksparteien ihre Stimmen- und Mandatsanteile bis in das Jahr 2008 beständig ausbauen (Abb. 1). Der Preis für diese (ohnehin wieder eingebüßten) Geländegewinne der beiden großen Parteien wäre hoch, wenn es nicht gelingt, ein mehrheitlich geteiltes Einvernehmen über die Notwendigkeit der ökonomischen Reformen herzustellen.

SPANIENS POLITIK BLEIBT POLARISIERT – DIE BÜRGER VERLANGEN GESCHLOSSENHEIT

Wer gehofft hatte, die heftigste Wirtschaftskrise in der Geschichte der jungen Demokratie stoße bei der politischen Elite einen Gesinnungswandel an, wurde enttäuscht.

Vorerst gestoppt wurde der Konzentrations-trend innerhalb des Parteiensystems von der Parlamentswahl im November 2011, die ganz im Zeichen der *crisis* stand. Der Wettbewerb

zwischen den Parteien blieb jedoch der gleiche – Konfrontation und Polarisierung dominierten den Wahlkampf. Wer gehofft hatte, die heftigste Wirtschaftskrise in der Geschichte der jungen Demokratie stoße bei der politischen

3 | Jaime Balaguer und Alberto Sanz, „La segunda ola de la crispación; competición y polarización en la VIII legislatura“, in: *Elecciones Generales 2008*, José Ramón Montero und Ignacio Lago (Hrsg.), Madrid, Centro de Investigaciones Sociológicas, 2010, 61-70; Walther L. Bernecker, „Politik zwischen Konsens und Konfrontation: Spanien im 21. Jahrhundert“, in: *Spanien heute*, ders. (Hrsg.), Frankfurt am Main, Vervuert, 2008, 85-109.

4 | Der Soziologe und ehemalige Kultusminister José María Maravall erklärt Parteitaktik zu Gunsten von Polarisierungs- und Konfrontationsstrategien mit Mobilisierungsbedürfnissen. Da sich eine Mehrheit der spanischen Bürger ideologisch in der Mitte und links davon einordnen würde, gelte es für die Konservativen, „urbane und gebildete“ Schichten, die zur Linken tendieren, von der Stimmabgabe abzuschrecken. Während sich die PP auf eine treue Stammwählerschaft verlassen könne, stünde man auf der anderen Seite des politischen Spektrums vor einem Mobilisierungsproblem: Die potenzielle PSOE-Wählerschaft setzte sich überproportional aus Unentschlossenen zusammen. José María Maravall, *La confrontación política*, Taurus, Madrid, 2008.

Elite einen Gesinnungswandel an, wurde enttäuscht. Spaniens Politik bleibt in der selbst gestellten Polarisierungsfalle gefangen.

Der PSOE-PP-Dualismus ist paradoxerweise in vielen Politikfeldern inszeniert. Sowohl Sozialisten als auch Konservative haben in der Regierungsverantwortung gezeigt, dass sich die europäischen Partner auf Zusagen aus Madrid verlassen können. Beide Formationen bekennen sich zum Ziel der Haushaltskonsolidierung. Im Eilverfahren einigten sich Volkspartei und PSOE im September 2011 auf eine Verfassungsänderung zur Aufnahme einer „Schuldenbremse“ in das spanische Grundgesetz. In der Wirtschaftspolitik muss man Unterschiede zwischen sozialistischen und konservativen Programm weiterhin „mit der Lupe suchen“.⁵

Weitgehender Übereinstimmung in ökonomischen Fragen zum Trotz, auf den Oppositionsbänken gerieren sich beide Parteien als Verteidiger des spanischen Wohlfahrtsstaates – ohne angesichts der offensichtlichen Herausforderungen, vor denen dieser steht, konstruktive Reformvorschläge auszuarbeiten. Demografischer Wandel⁶ und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf etwa sind Themen, die durch die Wirtschaftskrise einerseits akzentuiert, andererseits fast völlig aus der öffentlichen Debatte verdrängt worden sind. Konservative und Sozialisten beschuldigen sich gegenseitig, Raubbau am Sozialstaat betrieben zu haben. Rajoys Kritik an den (spät) angestrebten Kürzungsprogrammen seines Vorgängers José Luis

Konservative und Sozialisten beschuldigen sich gegenseitig, Raubbau am Sozialstaat betrieben zu haben.

- 5 | Lothar Witte, „Hintergrundinformationen. Spanien hat gewählt“, Friedrich-Ebert-Stiftung Madrid, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/madrid/05787.pdf> [01.04.2013]. Eine empirische Analyse der Wahlprogramme beider Volksparteien kommt zum gleichen Ergebnis, vgl. Antonia Jiménez, „Competición política y representación democrática: la oferta electoral de los partidos“, in: *Elecciones Generales 2004*, José Ramón Montero, Ignacio Lago und Mariano Torcal (Hrsg.), Centro de Investigaciones Sociológicas, Madrid, 2007, 65-102.
- 6 | Die nationale Statistikbehörde wies im Dezember 2012 auf Bevölkerungsschwund und Überalterung der Gesellschaft hin. Die Bevölkerungszahl wird in den nächsten 40 Jahren um ein Zehntel sinken, zu diesem Zeitpunkt sind bereits über ein Drittel der Spanier älter als 64 Jahre. „Proyecciones de Población 2012. Las tendencias demográficas actuales llevarían a España a perder una décima parte de su población en 40 años“, Instituto Nacional de Estadística, Pressemitteilung, 04.12.2012, <http://ine.es/prensa/np744.pdf> [01.04.2013].

Rodríguez Zapatero hat wohl einige seiner Wähler veranlasst zu glauben, das Sparen habe unter einer PP-Regierung ein Ende. Die Angriffe der Sozialisten auf den Kurs des Regierungschefs leiden an einem Glaubwürdigkeitsproblem. Bis Ende 2011 hatten sie als Regierungspartei Gelegenheit, „alternative Wege aus der Krise“ auch praktisch zu beschreiten. In der politischen Debatte wird trotzdem Schwarz-Weiß-Malerei betrieben. Dies fördert Politikverdrossenheit.

Im sechsten Jahr der Wirtschaftskrise hat die überwältigende Mehrheit der Bürger ein klares Anliegen an die Politik: Sie soll Geschlossenheit zeigen.

Politisches Angebot und gesellschaftliche Nachfrage liegen so weit auseinander wie selten in der jüngeren Geschichte Spaniens.

Im sechsten Jahr der Wirtschaftskrise hat die überwältigende Mehrheit der Bürger ein klares Anliegen an die Politik: Sie soll Geschlossenheit zeigen. Nach einer Studie des Meinungsforschungsinstitutes Metroscopia stimmen neun von zehn Befragten den Aussagen zu, ein „großer nationaler Pakt der wichtigsten Parteien zur Bekämpfung der Krise“ sei „ziemlich“ oder „sehr notwendig“. Satt 76 Prozent der Befragten sind sich aber sicher: Dies bleibt ein frommer Wunsch. Sie glauben nicht, dass in Madrid künftig konsensorientiert Politik gemacht wird. In aktuellen Umfragen verlieren PP und PSOE weiter an Boden. Bei einer Wahlbeteiligung von noch knapp der Hälfte der Wahlberechtigten (ein Minus von beinahe 20 Prozent im Vergleich zu den Parlamentswahlen 2011) wendet sich fast die Hälfte ihrer Wähler von der Regierungspartei ab, sie käme auf 22,5 Prozent. Die größte Oppositionspartei büßt auf ihr historisches Negativergebnis bei den letzten Wahlen nochmals acht Punkte ein und erhielt 20 Prozent der Stimmen. Die postkommunistische Izquierda Unida (IU) kann ihr Ergebnis von 2011 verdoppeln, die von der ehemaligen sozialistischen Abgeordneten Rosa Díez geführte Unión Progreso y Democracia (UPyD) sogar verdreifachen – beide Formationen kommen jeweils auf ungefähr 15 Prozent. Das restliche Fünftel der Stimmen verteilt sich auf Regionalparteien.⁷

7 | Studienergebnisse: „Barómetro Metroscopia“, *El País*, 13.01.2013; Wahlumfrage: „Metroscopia Barómetro electoral mayo 2013“, 13.05.2013.

KORRUPTIONSSKANDALE UNTERGRABEN DIE AKZEPTANZ FÜR SPARPROGRAMME

Neben der geringen Bereitschaft innerhalb der politischen Elite, lagerübergreifend Initiativen anzustoßen, konterkarieren verschiedene Korruptionsskandale die Aufrufe zur Austerität und untergraben zugleich die gesellschaftliche Akzeptanz der Sparprogramme. Von den Enthüllungen bleibt keine Formation verschont. Ein Gericht verurteilte das katalanische Regierungsbündnis *Convergència i Unió* (CiU) im Januar 2013 wegen illegaler Parteienfinanzierung zur Rückzahlung von circa 300.000 Euro. In der sozialistischen Hochburg Andalusien hatte der Chef der regionalen Arbeitslosenvermittlung Fördergelder in Millionenhöhe an Parteigenossen, Familienangehörige und Bekannte ausgezahlt. Durch Ausstellen fingierter Rechnungen hat sich ein Direktor der PSOE-nahen Stiftung *Fundación Ideas* das Gehalt selbst aufgestockt. Der Fall Gürtel, in dem als Gegenleistung für Aufträge der öffentlichen Hand Anzüge und Krawatten an Politiker verteilt wurden, kostete den Regionalpräsidenten Valencias, Francisco Camps (PP), das Amt.

Schwerwiegender für die Volkspartei sind Vorwürfe, die im Zusammenhang mit der Veröffentlichung eines Notizbuchs erhoben werden, das der ehemalige PP-Schatzmeister Luis Bárcenas angeblich geführt haben soll. Demnach hätten verschiedene Mitglieder der Parteiführung, unter ihnen auch Mariano Rajoy, in den letzten zehn Jahren Gelder aus einer schwarzen Parteikasse erhalten.

Korruptionsfälle gehörten während des wirtschaftlichen Aufschwungs zum politischen Tagesgeschäft und blieben meist auf Lokaladministrationen beschränkt, aufgrund ihrer Rolle bei der Ausweisung von Bauland und bei den Genehmigungsverfahren für Immobilienprojekte. Im Zuge der Wirtschaftskrise sinkt die Toleranzschwelle der Bürger gegenüber solchen Vergehen rapide. Die neuesten Enthüllungen versetzen dem Vertrauen in den Parteienstaat einen schweren Schlag. Eine überwältigende Mehrheit der Spanier glaubt, dass Politiker Korruptionsfälle systematisch vertuschen. Immer mehr Menschen sehen ihre Repräsentanten zudem als eines der Probleme, unter denen

Eine überwältigende Mehrheit der Spanier glaubt, dass Politiker Korruptionsfälle systematisch vertuschen.

das Land leidet, und nicht als Schlüssel zu deren Lösung.⁸ Doch statt auf lückenlose Aufklärung setzt man im politischen Betrieb entweder auf Aktivismus (Ministerpräsident Rajoy und Oppositionschef Alfredo Pérez Rubalcaba veröffentlichten ihre Einkommensteuererklärung) oder auf populistische Maßnahmen (den Abgeordneten des Regionalparlaments von Castilla-La Mancha werden die Diäten gestrichen, sie erhalten nur noch Tagungsgeld). Während der Debatte zur Lage der Nation Ende Februar bot Mariano Rajoy allen Parlamentsfraktionen einen Antikorruptionspakt an. So soll unter anderem eine Reform des Parteiengesetzes die spanischen

Mariano Rajoy bot allen Parlamentsfraktionen einen Antikorruptionspakt an. So soll eine Reform des Parteiengesetzes die spanischen Formationen bei Verstößen auch auf strafrechtlichem Wege belangen können.

Formationen – statt wie bisher nur zivilrechtlich – bei Verstößen auch auf strafrechtlichem Wege belangen können.⁹ Offen ist, ob solche Maßnahmen die Wagenburgmentalität verdrängen können, die bei Aufdeckung eines Skandals bisher verlässlich an den Tag gelegt worden ist.

DIE WIRTSCHAFTSKRISE DECKT EINE KRISE DES POLITISCHEN SYSTEMS AUF

Vor beinahe vierzig Jahren stellte Konsensorientierung letztmals den Leitfaden spanischer Politik dar. Immer häufiger beschwören die nationalen Medien den „Geist der Transition“,¹⁰ der nach dem Tod Francisco Francos 1975 den Übergang zur Demokratie ermöglicht hätte. Manche Kommentatoren betonen, die Herausforderungen seien damals sogar größer als heute gewesen (der Systemwechsel fand in einer Phase wirtschaftlicher Rezession statt, zudem wurde die Demokratie von putschwilligen Militärs bedroht). Wurde der lange als modellhaft bewertete spanische Übergang zur Demokratie zuletzt aufgrund einer verpassten gesellschaftlichen Aufarbeitung des Bürgerkrieges und der Franco-Diktatur kritisiert, steht nun die dominante Rolle von Parteiliten während der *transición* in der Schusslinie.

8 | Centro de Investigaciones Sociológicas (CIS), „Barómetro febrero 2013“.

9 | Weiterhin ist eine Stärkung des Tribunal de Cuentas vorgesehen – dem nun auch die parteinahen Stiftungen rechenschaftspflichtig sein sollen –, Regulierung der von den Parteien vergebenen Aufträge an Dritte, Veröffentlichungspflicht der Parteiangestelltenbezüge, Limitierung ihrer Sozialleistungsansprüche und Reduzierung ihrer Abfindungen.

10 | Etwa Josep Ramoneda, „Una nueva transición“, *El País*, 27.01.2013.

Diese hätten weite Teile der Verwaltung und des intermediären Systems (partei-)politischer Kontrolle unterworfen und so die Ausbildung einer als Korrektiv des Parteienstaates fungierenden Zivilgesellschaft verhindert.

Wer heute eine Neuordnung des institutionellen Arrangements der spanischen Demokratie fordert, vertritt keine Minderheitenposition mehr. Die Wirtschaftskrise deckt eine Krise des politischen Systems auf, deren Beginn lange vor den ökonomischen Turbulenzen liegt.

RUF NACH EINER „ZWEITEN TRANSITION“

Der Ruf nach einer „zweiten Transition“ ist zum Jahresbeginn 2013 in Spanien allgegenwärtig. Die Mehrzahl der medial kursierenden Reformvorschläge zielt darauf ab, die Dominanz des faktischen Zweiparteiensystems (*bipartidismo*) zu brechen, Parteiführungen auf Kosten ihrer Basis zu schwächen und parteipolitischen Zugriff auf öffentliche Institutionen einzuschränken.

Forderungen nach einem neuen Wahlrecht erklingen regelmäßig im Vorfeld nationaler Parlamentswahlen. Die spanische Verhältniswahl in Wahlkreisen unterschiedlicher Größe (den Provinzen) benachteiligt kleine Parteien gesamtstaatlicher Reichweite, wie Izquierda Unida oder UPyD.¹¹ Mit einem reformierten Wahlrecht wird die Hoffnung auf eine ausgeglichene („gerechte“) Verteilung der Mandate und damit auf eine moderate Fragmentierung des Parteiensystems verbunden. Von Disproportionalitätseffekten profitieren dagegen beide Volksparteien sowie die Regionalisten, so dass eine Wahlrechtsreform trotz anhaltender Diskussionen unwahrscheinlich erscheint.

Neben verschiedenen Transparenzaufgaben, welche die Parteien im Zuge der Korruptionsskandale künftig erfüllen müssen, fordern Experten und Intellektuelle mehr innerparteiliche Demokratie und einen verstärkten „Wettbewerb der Köpfe“ innerhalb der Formationen. Eine der Überlegungen lautet, Parteien gesetzlich zur Abhaltung jährlicher Parteitage zu zwingen (bisher finden diese nur alle vier Jahre statt). Die in Spanien übliche Kooptation politischen

11 | Dieter Nohlen, *Wahlrecht und Parteiensystem*, 6. Aufl., Verlag Barbera Budrich, Opladen/Farmington Hills, 2009, 357-361.

Führungspersonals durch die Parteispitze soll so erschwert werden. In der PSOE gibt es Überlegungen, zur Bestimmung ihrer Spitzenkandidaten – auf regionaler und nationaler Ebene – künftig Vorwahlen abzuhalten.

Befürworter eines „checks and balances“-Systems setzen ihre Hoffnungen in eine Justizreform. Politischer Einfluss bei der Besetzung der obersten Gerichte und Ernennung der Staatsanwälte soll erschwert oder ausgeschlossen werden. Die spanische Justiz könne dann als Korrektiv der Politik wirken. Ausgereifter sind Überlegungen, den aufgeblähten und ineffizienten (politischen) Beamtenapparat zu verkleinern. Allerdings trübt der sozialistische Widerstand gegen eine Reform der Kommunalverfassung die Aussichten

Über die Rolle des Senats wird seit Verabschiedung der Verfassung im Jahr 1978 debattiert. Er genießt in der Bevölkerung den Ruf als Versorgungsanstalt für politisches Personal.

auf einen Umbau des spanischen Autonomiestaates – und so auf eine konsequente Reduzierung hauptamtlichen politischen Personals. Es gilt, Pfründe zu verteidigen. Nicht nur dem ausländischen Beobachter erschließen sich selten die Funktionen der Provinz-*Diputaciones* oder der Regierungsgesandten (*Delegación del Gobierno*) samt Apparat in den Autonomen Regionen. Über die Rolle des Senats wird gar seit Verabschiedung der Verfassung im Jahr 1978 debattiert. Da er nicht als Vertretung der spanischen Regionen fungiert, genießt er in der Bevölkerung den Ruf als Versorgungsanstalt für politisches Personal.

Die leidenschaftlich geführten Debatten um die Neukalibrierung der spanischen Demokratie finden im Fernsehen und in den Meinungsspalten der Tageszeitungen statt, nicht in der politischen Arena. Dort hat man neben der Wirtschaftskrise das nächste Problem in den Griff zu bekommen: Den erstarkenden Separatismus in den peripheren Regionen des Staates.

ZERREISSPROBE AN DER PERIPHERIE

Im Herbst 2012 zerbrach die informelle Koalition zwischen PSOE und Volkspartei im Baskenland, die dem Sozialisten Patxi López als erstem Vertreter einer nationalstaatlichen Formation das Ministerpräsidentenamt verschafft hatte. López hatte sich gegen den Sparkurs Rajoys gestellt. Aus den Neuwahlen Ende Oktober 2012 ging die radikale Linke als Sieger hervor, auch wenn die konservative Nationalpartei

das Amt des baskischen Regierungschefs (*lehendakari*) zurückerobert werden konnte. Die baskischen Nationalisten verfolgten aufmerksam die Entwicklungen in Katalonien.

In der nordostspanischen Region Katalonien löste eine separatistische Kehrtwende der regierenden Christdemokraten eine politische Krise auf nationaler Ebene aus. Nach zwei Jahren im Amt kündigte Ministerpräsident Artur Mas Neuwahlen für Ende November 2011 an. Erklärtes Ziel: Die absolute Mehrheit für seine *Convergència i Unió*, um ein Referendum über die Zukunft Kataloniens als „Neuer Staat in Europa“ abhalten zu können. Das Experiment schlug fehl, das Parteienbündnis verlor zwölf Sitze. Starke Gewinne verzeichneten die Linksrepublikaner (*Esquerra Republicana de Catalunya*, ERC). Diese unterstützen Mas bei den Unabhängigkeitsplänen, seinen Sparkurs wollten sie aber nicht mittragen. In der aktuellen Legislaturperiode ist die *Esquerra* in der luxuriösen Position, ihr genehme Regierungsvorhaben unterstützen zu können, ohne politische Verantwortung zu übernehmen. Eine Kabinettsbeteiligung lehnte die ERC ab.

Scheinbar besteht ein Zusammenhang zwischen der Wirtschaftskrise und den Absatzbewegungen an der Peripherie des spanischen Staates. Im produktiven, aber am Tropf des Rettungsfonds für die spanischen Regionen (*Fondo de Liquidez Autonómica*, FLA) hängenden Katalonien fühlt man sich durch die Mittelverteilung der Zentralregierung diskriminiert. Generalitat-Chef Mas versuchte vor seinem Wechsel ins separatistische Lager, bei Mariano Rajoy für Katalonien ähnliche Privilegien bei der Steuererhebung herauszuschlagen wie sie das Baskenland und Navarra genießen. Bisher waren es vor allem linguistisch-kulturelle Konflikte, die zwischen den beiden größten Städten des Landes hitzig ausgetragen worden sind. Nun vertritt Barcelona die These, ohne Spanien gehe es Katalonien ökonomisch besser. Ein teils skurriler Zahlenstreit folgte, in dem beide Seiten namhafte Ökonomen für ihre Szenarien – wahlweise ein florierender „Neuer Staat in Europa“ beziehungsweise der nächste europäische Rettungskandidat – positionierten. Unabhängig von der Frage um die wirtschaftlichen Überlebenschancen eines katalanischen Zwergstaates ist die verhaltene Reaktion auf die

In Katalonien fühlt man sich durch die Mittelverteilung der Zentralregierung diskriminiert. Ministerpräsident Artur Mas versuchte, Privilegien herauszuschlagen wie sie das Baskenland und Navarra genießen.

internationale Werbekampagne der Generalitat die bisher größte Enttäuschung für Unabhängigkeitsbefürworter. Nach der Lossagung von Spanien nicht direkt Mitglied der Europäischen Union zu sein, bedeutet für einen Großteil der Katalanen doch ein zu großes politisches Risiko.

Eigentliche Ursache hinter dem Konfrontationskurs der katalanischen Christdemokraten ist jedoch die politische Lage nach den jüngsten Parlamentswahlen.

Im Mehrebenensystem Spaniens führt eine absolute Mehrheit auf nationalstaatlicher Ebene zu einer Polarisierung der Positionen regionaler Akteure.

Die regierende Volkspartei ist nicht auf ihre Stimmen im nationalen Parlament angewiesen, anders als die sozialistische Vorgängerregierung und die Regierung José María Aznar in ihrer ersten Amtszeit. Die CiU verliert an politischer Handlungsfähigkeit gegenüber der Zentralregierung – an just dieser wird sie jedoch von den katalanischen Wählern gemessen. Im Mehrebenensystem Spaniens führt eine absolute Mehrheit auf nationalstaatlicher Ebene zu einer Polarisierung der Positionen regionaler Akteure.¹²

Ein aktualisierter Konflikt zwischen Peripherie und Zentrum bindet nicht nur Kräfte, welche die Regierung zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Misere dringend benötigt. Den Sozialisten droht über die katalanische Frage gar eine Spaltung. Bei einer eher symbolischen Abstimmung über das „Recht Kataloniens, zu entscheiden“ brachen die katalanischen Abgeordneten zum ersten Mal die sozialistische Fraktionsdisziplin im Kongress. Die PSOE-Spitze hatte Anweisung gegeben, das Ansinnen abzulehnen. Welche Konsequenzen der Alleingang der Partit dels Socialistes de Catalunya (PSC) neben den verhängten Geldstrafen haben wird, ist offen. Eine Neuorganisation der Beziehungen zwischen PSOE und ihrer Schwesterpartei steht im Raum. Fest steht, dass die Autorität von Oppositionschef Rubalcaba gelitten hat. Er könnte versucht sein, eine härtere Gangart gegenüber dem Ministerpräsidenten zu wählen. Dem Land wäre dadurch nicht geholfen.

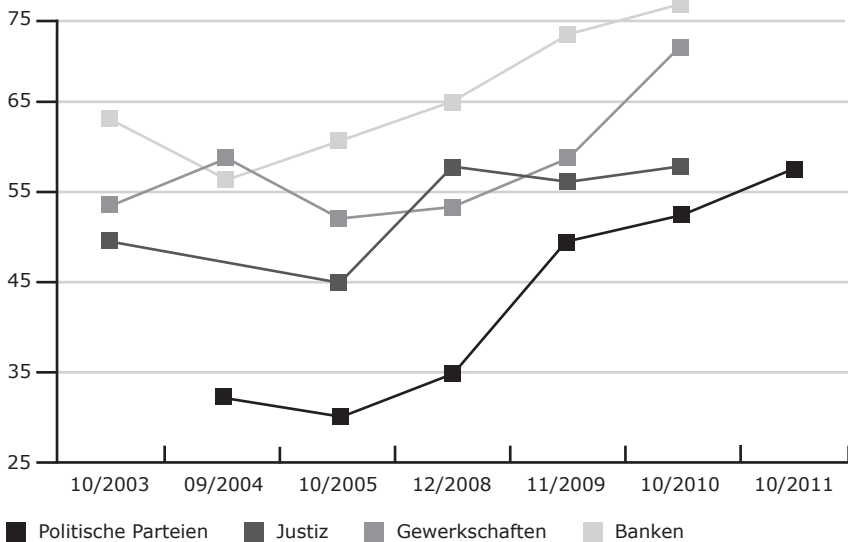
Das schwindende Vertrauen der Spanier nicht nur in die Politik, sondern auch in Organisationen des intermediären Systems und die Medien, zeigt sich nicht allein in

12 | Ein ähnliches Vorhaben des ehemaligen baskischen Ministerpräsidenten Juan José Ibarretxe fällt in die zweite Amtszeit Aznars, als dieser im Parlament über eine absolute Mehrheit verfügte.

Meinungsumfragen (siehe Abb. 2). Im März 2012 drückte zuerst die spanische Jugend durch wochenlange Besetzung der Puerta del Sol, eines zentralen Platzes in der Hauptstadt, ihre Unzufriedenheit mit dem Parteienstaat aus und forderte eine „richtige Demokratie“ (*democracia real ya*). Bei Versammlungen um das Parlament im September desselben Jahres fanden alle Altersschichten zusammen. Bilder massiver Demonstrationen sind in Spanien ein junges Phänomen. Beinahe resigniert schienen die Bürger auf die in immer kürzer werdenden Abständen verordneten Sparvorgaben ihrer Regierungen zu reagieren. „Die Spanier erlebten die aktuelle Wirtschaftskrise anfänglich wie eine Art Tsunami: Unerwartet, schnell und verheerend.“¹³

Abb. 2

Kein oder wenig Vertrauen in Institutionen und Organisationen, Umfrageergebnisse in Prozent



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten von Centro de Investigaciones Sociológicas (CIS). Die Zeitreihe für die politischen Parteien ist angepasst.

Inzwischen ist der Protest etabliert. Doch anders als in Griechenland treibt die Wirtschaftskrise die spanischen Bürger nicht in die Arme extremistischer Formationen. Randparteien oder Populisten gibt es nicht in großer Zahl,

13 | José Juan Toharia, „La sanidad pública, intocable“, *El País*, 01.12.2012.

und sie profitieren nicht vom sozialen Unmut. Protestwähler und enttäuschte Wähler der Sozialisten begünstigten allerdings den Erfolg der Linkspartei IU bei den Parlamentswahlen. Bisher hat sie keine eigenen Themen setzen können.

SEHNSUCHT NACH DER NELKENREVOLUTION IN PORTUGAL

Wie ihre Nachbarn wählten auch die Portugiesen im Zuge der Wirtschaftskrise nach vorgezogenen Neuwahlen eine sozialistische Regierung ab. Obwohl Premier José Sócrates den Ernst der ökonomischen Lage lange Zeit negierte, verzichtete die Partido Socialista (PS) auf einen personellen Neuanfang an ihrer Spitze. Bei den Parlamentswahlen im Juni 2011 verlor sie acht Prozent der Stimmen und 23 Sitze. Die konservative Partido Social Democrata (PSD) von Pedro Passos Coelho verzeichnete Gewinne in ähnlicher Größenordnung und stellt nun mit 108 Abgeordneten die stärkste Fraktion im portugiesischen Parlament. PSD und die rechtskonservative Partei Centro Democrático e

Die Wahlbeteiligung verzeichnete bei den portugiesischen Parlamentswahlen 2011 mit 58 Prozent einen historischen Tiefstand. In der Region Bragança und auf den Azoren blieben über die Hälfte der Wahlberechtigten zu Hause.

Social – Partido Popular (CDS-PP) unter Führung von Paulo Portas bilden die Regierung. Die Koalition verfügt mit 132 von 230 Mandaten über eine stabile Mehrheit in der Assembleia da República. Das kommunistisch-grüne Wahlbündnis Coligação Democrática Unitária (CDU) stagniert bei acht Prozent der Stimmen, der „Linksblock“ (Bloco de Esquerda) verlor gar die Hälfte seiner Mandate und kommt nur noch auf acht Abgeordnete. Die Wahlbeteiligung verzeichnete mit 58 Prozent einen historischen Tiefstand. In der Region Bragança und auf den Azoren blieben über die Hälfte der Wahlberechtigten zu Hause.

Auch in Portugal mangelt es nicht am Willen, Strukturformen anzupacken – zumal die „Troika“ die Einhaltung der im Memorandum festgelegten Maßnahmen genau überwacht. Für 2012 sollte das Defizit auf 4,5 Prozent der Wirtschaftsleistung und für das aktuelle Jahr auf unter drei Prozent gedrückt werden. Gespart wird vor allem bei den Bildungs- und Sozialausgaben. Subventionen wurden drastisch gekürzt. Die Mehrwertsteuer beträgt nun 23 Prozent, reduzierte Sätze (wie etwa im Gaststättengewerbe)

wurden gestrichen. Steuervergünstigungen fallen sowohl für Unternehmen als auch für Privatpersonen weg. Die Zahl der Beamten soll bis 2014 in der Zentralverwaltung jährlich um ein, auf regionaler Ebene um zwei Prozent sinken. Verschiedene Maßnahmen haben eine Effizienzsteigerung (und damit Kostensenkung) der öffentlichen Verwaltung zum Ziel. So sieht das Abkommen die Schaffung einer zentralen Steuerverwaltung vor. Weitere Behörden müssen zusammengelegt werden. Zudem soll die Zahl der Gemeinden deutlich unter den aktuellen Stand von 4.259 sinken. Bei der Privatisierung von Staatsbetrieben hat Portugal seine Aufgaben bereits erfüllt. Die öffentlichen Anteile am Energieversorger EDP und am Stromnetzbetreiber REN konnten für knapp 3,3 Milliarden Euro an chinesische Investoren verkauft werden. Für den Flughafenbetreiber ANA zahlte ein französischer Konzern weitere drei Milliarden Euro. Die gesetzte Marke von Privatisierungserlösen über fünf Milliarden Euro wurde damit erreicht.

Bei der Privatisierung von Staatsbetrieben hat Portugal seine Aufgaben bereits erfüllt. Die öffentlichen Anteile am Energieversorger EDP und am Stromnetzbetreiber REN konnten an chinesische Investoren verkauft werden.

In bisher sieben Besuchen hatten die Troika-Gesandten nur wenig an der portugiesischen Regierung auszusetzen. Ministerpräsident Passos Coelho legt einen beachtlichen Reformeifer an den Tag. Die Sparauflagen werden übererfüllt. Selbst vor der Streichung zweier katholischer und zweier geschichtspolitischer Feiertage (Fronleichnam und Mariä Himmelfahrt sowie Loslösung von Spanien und Ausrufung der Republik) schreckte der Regierungschef nicht zurück. An den Finanzmärkten ist das langsam zurückkehrende Vertrauen an den Kursen für kurzfristige Staatsanleihen ablesbar. Die Anfang April gefällte Entscheidung des Verfassungsgerichtes, welche Teile des aktuellen Haushaltplans für verfassungswidrig erklärt, bereitet der konservativen Regierungskoalition allerdings Kopfschmerzen. Nun müssen knapp 1,3 Milliarden Euro an anderer Stelle eingespart werden.

Obwohl die Portugiesen verkürzten und nationalistischen Antworten auf die Krise in den jüngsten Parlamentswahlen eine klare Absage erteilten, steht die Regierung im Besonderen und die Politik im Allgemeinen unter enormem Druck. Sinkende Löhne mögen die Wettbewerbsfähigkeit des Landes verbessern, sie mindern aber auch die

Zufriedenheit der Bürger. Für Kabinettsmitglieder sind öffentliche Auftritte zum Spießbrutenlauf geworden. Meist junge Demonstranten vereiteln verlässlich jeden Versuch, Reden zu halten oder an Diskussionsveranstaltungen teilzunehmen. In Portugal wie in Spanien geht der Blick zurück in die Vergangenheit. Plakate, die das Militär zu einer zweiten „Nelkenrevolution“ aufrufen, sind bei Demonstrationen zwar in der Minderheit. Die neue Popularität eines Revolutionsschlagers (Grândola, Vila Morena von José Afonso) zeigt jedoch das aktuelle Befinden vieler Portugiesen: eine Mischung aus Nostalgie und Aufbruchsstimmung.

Ähnlich wie in Spanien wirkt sich der soziale Druck auf die Beziehungen zwischen Regierung und Opposition aus. Der neue starke Mann der Sozialistischen Partei, Generalsekretär José António Seguro, geht zum Reformkurs der Regierung auf Abstand. Bei der Haushaltsabstimmung 2012 hatten sich die Sozialisten noch enthalten. Ein Jahr später stimmte die PS mit den anderen Oppositionsparteien gegen den Haushalt und neue Einschnitte in Höhe von vier Milliarden Euro. Obwohl seine Partei zu den Unterzeichnern des Memorandums gehörte, forderte Seguro in einem offenen Brief an die drei Troika-Institutionen eine Revision der Abmachung. Portugal stehe „an der Schwelle einer sozialen Tragödie“. Die Portugiesen hätten viele Opfer gebracht, doch ohne die erwarteten Ergebnisse. Tatsächlich liegen die makroökonomischen Kennzahlen des Landes nach wie vor im roten Bereich. Das Defizitziel wurde

Meist junge und gut ausgebildete Portugiesen verlassen das Land in Richtung der ehemaligen Kolonien Angola, Brasilien und Mosambik. Auslandsinvestitionen nach Portugal kommen nun verstärkt aus Südwest-Afrika.

im vergangenen Jahr nach Angaben des Statistikamtes mit über sechs Prozent des BIP deutlich verfehlt. Die Arbeitslosenquote beträgt 17,5 Prozent – Tendenz steigend. Meist junge und gut ausgebildete Portugiesen verlassen das Land in Richtung der ehemaligen

Kolonien Angola, Brasilien und Mosambik. Auslandsinvestitionen nach Portugal kommen nun verstärkt aus Südwest-Afrika. Seit Angola zum zweitgrößten Ölförderer Afrikas aufgestiegen ist, investiert das Land im großen Stil in den portugiesischen Banken- und Energiesektor.

FAZIT

Die beiden Länder auf der Iberischen Halbinsel stehen vor politischen Herausforderungen, die den ökonomischen in nichts nachstehen. Nachdem wichtige Wirtschaftsreformen durchgeführt oder zumindest angestoßen worden sind, gilt es, nach dem Vertrauen der Finanzmärkte in Spanien und Portugal dasjenige der Bürger in ihre Demokratien zurückzugewinnen. Die Aussichten sind bei Weitem nicht so düster wie oft beschworen. Extremisten und Antidemokraten reüssieren trotz schwerer Wirtschaftskrise nicht auf der Iberischen Halbinsel. Die politische Willensbildung findet nach wie vor in den Parlamenten in Madrid und Lissabon statt – nicht auf der Straße. Dies ist ein Zeichen für die Stabilität der jungen Demokratien. Bis die Strukturreformen in beiden Ländern ökonomische Ergebnisse liefern, sind politische Reformen zur Erhaltung dieser Stabilität notwendig. Sollte sich bei den Bürgern der Eindruck festsetzen, die Reformagenda sei ein Elitenprojekt, ist sie zum Scheitern verurteilt. Wie auch immer dies konkret umgesetzt werden mag, die politische Klasse darf sich den Rufen nach mehr Verlässlichkeit nicht länger verschließen. Der Klientelismus in Politik und öffentlicher Verwaltung muss einer Meritokratie weichen, in der Positionen auf der Grundlage von Qualifikation und Leistungsbereitschaft besetzt werden. Dazu gehört ein umfassender Bürokratieabbau.

Zur Umsetzung solch weitgehender Projekte ist Konsens zwischen den großen Parteien unabdingbar. Darin besteht zurzeit vielleicht die größte Herausforderung, sowohl in Spanien als auch in Portugal. Die politische Elite ist gefordert. Ein „Weiter so“ wird es nicht geben können.